

Beschlussvorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro der Bürgermeisterin	Datum: 29.05.2009	
Tagesordnungspunkt 14.2	Bezeichnung der Vorlage:		
Vorlage-Nr: VO/1127/09	Antrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2009 betreffend selbstverwalteter Treffpunkt für Jugendliche in Wegberg		
Zu beraten im:			
Datum	Gremium		
30.06.2009	Rat der Stadt Wegberg		

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 27.05.2009 folgenden Antrag gemäß § 20 der Geschäftsordnung gestellt:

„Der Rat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen,

- a) ein Umsetzungskonzept für einen selbstverwalteten Jugendtreff in Wegberg zu erarbeiten

und diese Einrichtung

- b) unter Einbeziehung eines Streetworkers zu verwalten. .

Begründung:

Immer wieder geraten Jugendliche mit Anwohnern und Ordnungsbehörden in Konflikt.

Dabei sind nicht selten Pöbeleien, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Alkohol der Grund für kleinere und größere Auseinandersetzungen.

Die v. g. Problematik ist dem Rat und der Verwaltung seit längerer Zeit bekannt, eine nur ansatzweise Verbesserung der Situation - trotz verschiedener Versuche des Ordnungsamtes - konnte leider nicht erzielt werden.

Wie uns allen aus den ständigen Hinweisen der Bevölkerung bekannt ist, verschlimmert sich zunehmend die geschilderte Situation.

Verschiedene Gemeinden haben in den letzten Jahren sehr gute Erfahrungen mit selbstverwalteten Jugendtreffs erzielt (z. B. Wassenberger Modell , etc.) .

Ein selbstverwaltetes und eigenständiges Haus für Jugendliche bietet offizielle Treffs an und kommt dem Wunsch junger Menschen auf ungestörte und legale Treffen nach.

In einem „offenen Raum“ sollten Jugendliche sich werktags und am Wochenende mit Freunden treffen können, an regelmäßigen Veranstaltungen jeglicher Art teilnehmen, wie Cafe, Filmabende, Konzerte und Partys, Spiel- und Themenabende, Seminare und Diskussionsrunden, ebenfalls kann sich dort kulturelles und politisches Leben entwickeln oder auch geboten werden.

Die bestehenden Jugendheime der Kirchen bieten für einen großen Teil der Jugendlichen überhaupt keinen Anreiz mehr, diese Häuser aufzusuchen und werden daher von einem sehr großen Personenkreis leider abgelehnt.

Aufgrund des allgemeinen Leerstandes an Räumlichkeiten in unserer Stadt, dürfte die Suche nach einer entsprechenden Unterbringung wohl unproblematisch sein.

Nach Vorstellung der SPD-Fraktion sollte die Betreuung einer solchen Einrichtung durch einen Streetworker erfolgen, der im Weiteren unsere überlastete Sozialarbeiterin unterstützt und an den bekannten sozialen Brennpunkten der Stadt eingesetzt wird.

Aufgrund der Jugendamtszuständigkeit des Kreises, sollte erwirkt werden, dass die Personalkosten für die Einstellung eines Streetworkers auch durch den Kreis übernommen werden.“

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis. Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Sport verwiesen.

Anlage/n:

Antrag